

Solidarität mit den A7-Bürgerinitiativen

Jahreshauptversammlung beim Aktionsbündnis Ostheide

Vinstedt – Ein kleines Jubiläum konnte jetzt das Aktionsbündnis Ostheide gegen Neubaustrassen der Bahn begehen. Mit einem Glas Sekt wurde bei der Jahreshauptversammlung in der Maschinenhalle auf dem Hof Bodin in Vinstedt auf zehn Jahre angestoßen. Man habe mühevoll und arbeitsreiche Jahre zum Wohle der Region gearbeitet, befand der stellvertretende Vorsitzende Friedrich-Karl Bodin.

Die erste Vorsitzende Dr. Uta Schulze berichtete von einem ruhigen Jahr, denn der Fokus der Bahnplanungen habe sich weiterhin aus der eigenen Region auf den Bereich entlang der Autobahn 7 verschoben. Daher habe es einige Konferenzen mit Absprachen zu gemeinschaftlichen Positionen mit den Bürgerinitiativen aus dem betroffenen Gebiet gegeben. Man werde weiterhin solidarisch die Planungen begleiten.

Jochen Partzsch als Bindeglied zum Projektbeirat und damit zu originären Informationen aus den Kreisen um die Deutsche Bahn und der Politik, referierte die wichtigsten Ereignisse des vergangenen Jahres: Alle Bahnplanungen leiden unter der Finanzknappheit. Die Streichlisten in den Medien lassen es als wahrscheinlich erscheinen, dass tatsächlich keine Neubaustrecken, sondern nur Streckensanierungen realisiert werden können.

Gelder für die Generalsanierungen seien nur für die ersten zwei Jahre gesichert.

Beim Statustreffen im Dezember in Celle wurde beteuert, man wolle zu einer schriftlichen Vereinbarung zwischen Bahn, Bund und Land Niedersachsen über die Sanierung der Verbindung Hamburg-Hannover kommen. Dies sei bisher nicht umgesetzt worden. Niedersachsen stehe zur Generalsanierung, um danach Kapazitätsprobleme zu betrachten und in einem neuen Forum zu beraten.

Es sei zu befürchten, dass man das heiße Eisen vor der Bundestagswahl nicht mehr anfassen werde. Weitere Gesprächsanlässe mit der regionalen Bahnspitze und den Chef-Planern hätten keine Klarheit gebracht. Eine „Mau-

er des Schweigens“ sei errichtet worden, die im Juni zusammengebrochen sei, als die Ausschreibung der Bahn für eine Raumverträglichkeitsstudie öffentlich wurde (AZ berichtete). Alle Mitglieder zeigten sich verärgert, weil die Bahn-Netztochter Infrago klammheimlich die Planung für eine Neubaustrecke vorantreibe.

Damit werde das angestrebte Übereinkommen zwischen Bahn, Bund und Niedersachsen konterkariert und der angestrebte Ausbau im Konsens an die Wand gefahren. Die Mitglieder beklagten, dass es bisher keinen Beschluss des Bundestages und damit keinen politischen Auftrag für eine Neubaustrecke gibt. Über die Ausschreibung seien weder das Wirtschaftsministerium

noch das Landwirtschaftsministerium informiert worden.

Weil im Moment die finanziellen Mittel an allen Ecken fehlen, sei auch die Generalsanierung davon betroffen. In dieser Situation weitere Ressourcen in eine Neubauplanung zu stecken, sei unverantwortlich.

Die Regularien wurden schnell abgehandelt. Eine ordentliche Kassenführung wurde bescheinigt. Bei einer Enthaltung wurden der Kassenführer und der Vorstand entlastet. Jörn Westermann wurde als neuer Kassenprüfer gewählt. Da der Kassenbestand sich sehr vermindert hat, genehmigte die Versammlung den Einzug der Mitgliedsbeiträge. Eine Beitragsanpassung stand nicht zur Debatte.



Der Vorstand bei der Jahreshauptversammlung (von links): Friedrich-Karl Bodin, Stefanie Schmedt-Meyer, Dr. Uta Schulze und Joachim Partzsch.

FOTO: PRIVAT

Allgem. Zeitung v. 30.07.2024

